

Wolfgang Schürger²³

DEMOKRATISIERUNG DER ENERGIEVERSORGUNG

Erfahrungen des Beauftragten für Umwelt- und Klima- verantwortung der ELKB

Der Atomausstieg ist nach der Katastrophe von Fukushima beschlossene Sache. Kirchliche Vertreter verschiedenster Hierarchieebenen haben nach Fukushima wiederholt darauf hingewiesen, dass die industrialisierten Staaten die „Restrisiken“ der Atomtechnologie offenkundig unterschätzt haben. Gleichzeitig haben sie deutlich gemacht, dass in den Fragen nach dem Umgang mit dem atomaren Abfall ethische Herausforderungen impliziert sind, welche die Verantwortungsmöglichkeiten endlicher Menschen überschreiten: Immer deutlicher werden nämlich die Probleme, die sich daraus ergeben, dass hochradioaktive Abfälle nicht nur für mindestens 10.000 Jahre sicher gelagert, sondern auch so gekennzeichnet werden müssen, dass Menschen in vielen Generationen nach uns deren Risiken auch noch erkennen können.²⁴ Eine Rückkehr zur Energiegewinnung aus Kernspaltung ist also allein aus diesen (zeitlichen) Grenzen menschlicher Verantwortung kaum vorstellbar.

Lange schon vor dem endgültigen Atomausstieg ist Bayern zu einem Land der Energieversorger geworden: Im Jahr 2012 war in Bayern eine Leistung von 9.324 MW_P installiert, die von 426.522 Photovoltaik-Anlagen erzeugt werden kann²⁵. Zu einem großen

²³ Zitationsvorschlag: Schürger, Wolfgang (2014): Demokratisierung der Energieversorgung, in: TTN edition. 3/2014, online unter: www.ttn-institut.de/TTNedition, 50-55. [Datum des Online-Zugriffs]

²⁴ Siehe z.B. <http://www.ekd.de/international/katastrophenhilfe/japan/atomenergie/75864.html>, http://www.ekd.de/aktuell_presse/2012_06_13_127_bayern_bedford_strohm_energiewende.html, http://www.ekd.de/aktuell_presse/news_2009_10_07_1_mitteldeutsche_kirche_atomausstieg.html, [2.9.2014].

²⁵ Energieatlas Bayern, http://www.energieatlas.bayern.de/thema_sonne/photovoltaik/daten.html,

Teil werden diese Anlagen durch Landwirte, Bürgerenergiegenossenschaften, Bürgerbeteiligungsgesellschaften oder Eigenheimbesitzer betrieben. Auch Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen sind auf diese Weise zu Energieversorgern geworden. Biogasanlagen ergänzen dieses Bild vom Bürger als Energieversorger – zahlreiche kleine und mittlere Anlagen werden in Bayern vorrangig mit Abfallstoffen aus der Landwirtschaft von den Landwirten selbst betrieben.

In jüngster Zeit aber ist der Eindruck entstanden, dass in Bayern der Stamm der NIMBYs seine neue Heimat gefunden hat. „Not in my backyard!“, „Nicht in meinem Hinterhof!“ scheint die Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger zu sein, wenn es darum geht, Vorrangflächen für Windkraftanlagen auszuweisen oder neue Stromtrassen zu bauen. Der bayerische Ministerpräsident fordert zwar einerseits, dass Bayern auch nach dem Vollzug des Atomausstiegs energieautark sein müsse, hat aber andererseits sein Herz für die Protestbürger entdeckt und spricht sich seit einiger Zeit für einen Stopp der Trassenplanung und einen gegenüber der bisherigen Vorrangflächenplanung erheblich vergrößerten Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Wohngebieten („10H“, die 10-fache Nabenhöhe einer Anlage) aus. Energieautarkie ist für Bayern auf diese Weise sicher nicht zu erreichen ...

Unbestritten ist freilich auch, dass die Energiewende nicht gegen, sondern nur zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen kann. In meinen Begegnungen in verschiedenen Teilen Bayerns und darüber hinaus ist für mich mehr als deutlich geworden, dass der Schlüssel zu diesem Gelingen in der Bürgerbeteiligung zu finden ist. Auf diese Weise wird die Energiewende zugleich zu dem Großprojekt der Demokratisierung der Energieversorgung in Deutschland. Ich will dies mit Blick auf Photovoltaik, Windkraft und Biogas an Beispielen verdeutlichen und zum Schluss einen Ausblick auf die Frage der Trassenplanung und die Kosten der Energiewende wagen.

Die RaiffeisenEnergieGenossenschaft als demokratischer Energieversorger aus der Region für die Region

Michael Diestel, Geschäftsführer des Bauernverbandes im Rhön-Grabfeld Kreis und der ihm angeschlossenen Beratungsgesellschaft Agrokraft GmbH, und Fritz Schroth, ehemaliger Leiter der Tagungsstätte Hohe Rhön und Mitglied der Landessynode, haben sehr früh erkannt, welche Chancen die Energiewende für den ländlichen Raum bietet. Getreu dem Motto „Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das schaffen Viele“, mit dem Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888) seine Genossenschaftsidee verbreitete, fingen sie bereits im Jahr 2008 an, Energiegenossenschaften in ihrem Landkreis zu gründen. Getragen wurden Sie dabei von der Überzeugung, dass die alte Idee Friedrich Raiffeisens erhebliches Potential hat, auch die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien voran zu bringen.²⁶

Während in anderen Regionen zum Teil erbitterte Debatten darüber geführt werden, ob es akzeptabel ist, dass ein Landwirt fruchtbares Land mit Photovoltaik-Modulen überbaut, ist im Rhön-Grabfeld-Kreis die Energiewende längst Wirklichkeit geworden: Bürgerinnen und Bürger der Region haben sich in unzähligen Genossenschaften zusammen geschlossen um auf diese Weise jeweils eine konkrete Anlage zu finanzieren. Mitunter

[2.9.2014].

²⁶ Ausführlich unter <http://www.raiffeisen-energie-eg.de>, [2.9.2014].

verzichten die Investoren dabei sogar auf eine höhere Rendite, um auf diese Weise dem Verein, auf dessen Dach die Anlage montiert ist, zusätzliche Einkünfte (über eine höhere Pacht für die Dachfläche) zu ermöglichen. Es ist ja „ihr“ Verein und es ist „ihre“ Anlage ...

Wer profitiert vom Wind?

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (ELKB) besitzt relativ wenige Ländereien. Ein größeres Waldstück im Besitz der Pfründestiftung der ELKB befindet sich allerdings in der Gemarkung Töpen (Landkreis Hof) und gehörte nach der ursprünglichen Planung der Bezirksregierung von Oberfranken zu den Vorrangflächen für Windkraft. Regionalbischöfin und Dekan wiesen allerdings im Rahmen der Vorplanungen für eine mögliche kircheneigene Windkraftanlage darauf hin, dass solch ein Projekt in der Region auf Widerstand stoßen könnte, da die Bürgerinnen und Bürger sich von Windkraftanlagen „bedroht“ fühlten.

Rüdiger Glufke, der Referent des Landesbischofs, und ich beschlossen darauf hin, uns vor Ort ein Bild von der Situation zu machen. Im Gespräch mit dem Ortspfarrer erfuhren wir, dass die Bürgerinnen und Bürger der Region zu Beginn der 2000er Jahre durchaus sehr engagiert in Sachen Windkraft gewesen seien und viele Flächen an Investoren verpachtet hatten. Mit der Zeit aber sei der Eindruck entstanden, dass die Orte mehr und mehr mit Windkraftanlagen „umzingelt“ seien, deren (energie-)wirtschaftlicher Nutzen für die Region nicht mehr zu erkennen sei: „Bei uns wird die Landschaft verschandelt, damit ihr in München Strom habt!“ Man könnte hier nun einfach den alten Konflikt zwischen Franken und Bayern zur Darstellung kommen sehen, jedoch wurde für uns sehr schnell deutlich, dass die Region als ganze tatsächlich sehr wenig Nutzen von der Vielzahl der Windkraftanlagen hat: Der überwiegende Teil der Anlagen ist im Besitz von Investorengesellschaften, deren Firmensitz sich außerhalb des Landkreises befindet, so dass die Gewerbesteuer nicht in der Region des Standortes der Windräder abgeführt wird. Die Standorte selbst befinden sich fast ausschließlich auf Privatgrund, die Pachterträge kommen also einigen wenigen Landwirten zu Gute, die auf diese Weise zum Teil allein durch die Pacht Einkünfte erzielen, die deutlich über das Durchschnittseinkommen in der Region hinaus gehen. Sozialneid ist hier vorprogrammiert – zumal, wenn der Verpächter „zufälligerweise“ (wie in Töpen geschehen) zugleich der Bürgermeister ist, der für die Genehmigung der Anlagen zuständig ist.

Wie wichtig es für die Akzeptanz in der Region ist, dass Erträge aus den Investitionen auch dieser Region selbst zu Gute kommen, wurde in Töpen selbst deutlich. Dort nämlich hat einer der großen Bio-Händler sein Zentrallager und seinen Firmensitz, das entsprechende Gebäude dominiert das Dorfbild. „Das Zentrallager grenzt an den Friedhof an. Wenn Sie das erste Mal direkt vor dem Firmenlogo beerdigen, dann ist das schon gewöhnungsbedürftig.“, meinte der Gemeindepfarrer. „Aber wir haben uns damit arrangiert, denn dank der Firma haben wir das höchste Gewerbesteueraufkommen im Landkreis.“

Das Gegenbeispiel zu Töpen konnte ich wenige Wochen später bei einer Exkursion der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der EKD-Kirchen nach Colditz in Sachsen erleben: Der dortige Bürgermeister, Matthias Schmiedel, hatte sehr schnell die Chancen der Energiewende für seine Stadt erkannt. Die Stadt ist gemeinsam mit der Ökologisch-Sozialen Stiftung Zschadraß direkt an einer Windkraftanlage beteiligt, die auf kommunalem Grund errichtet ist. Die Betreibergesellschaft hat ihren Firmensitz in der Kommune.

Die Stadt Colditz erzielt auf diese Weise Einkünfte aus der Pacht für die Standorte, sie erhält die Gewerbesteuer der Betreibergesellschaft und ihren Anteil an den Erträgen der Stromvermarktung. Mit diesen Zusatzerträgen werden gezielt soziale Projekte unterstützt, der Besuch der städtischen Kindertagesstätten ist aufgrund der Subventionierung der Tagesstättenplätze aus den Erträgen der Windräder und der Photovoltaikanlage auf der kommunalen Sporthalle komplett kostenfrei. Die Bürgerinnen und Bürger von Colditz, so betont der Bürgermeister, würden die Anlagen als „ihre“ Windräder ansehen, das Richtfest nach dem Repowering der Anlagen sei von über 200 Menschen besucht gewesen.²⁷

„Vermaisung“ der Landschaft oder nachhaltige Kreislaufwirtschaft – Biogasanlagen in der Diskussion

In einigen Landkreisen Bayerns haben die großen Energieversorger große Biogasanlagen errichtet. Bürgerinnen und Bürger in den umliegenden Gemeinden beklagen eine „Vermaisung“ der Landschaft und eine deutliche Zunahme des Schlepperverkehrs durch die Ortschaften, um Rohstoffe in die Biogasanlage zu transportieren. Die Akzeptanz dieser Großanlagen in der umliegenden Bevölkerung ist offenkundig gering, Gewerbesteuern werden am Firmensitz des Energieversorgers abgeführt.

Dass Biogasanlagen aber auch in einer nahezu geschlossenen regionalen Kreislaufwirtschaft betrieben werden können, habe ich in verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben im Umfeld der Evangelischen Landjugend in Bayern erleben können: In allen Fällen handelte es sich um Milchviehbetriebe, die ihre Biogasanlagen in erster Linie mit Gülle und/oder Mist betreiben. Proteinhaltige Rohstoffe wie Mais werden lediglich „zugefüttert“ um ein optimales Gär-Ergebnis zu erhalten. Die so ergänzten Rohstoffe stammen bei allen Betrieben aus eigenem Anbau, einer der Betriebe experimentiert sogar mit alternativen Eiweißpflanzen. Das Gärsubstrat wird als hochwertiger Dünger auf die Felder ausgebracht. Ortsansässige Nutztierhalter können in der Regel die Reststoffe ihrer Tiere ebenfalls in der Biogasanlage entsorgen und erhalten dafür einen entsprechenden Anteil am Gärsubstrat als Dünger zurück. In mehreren Fällen hat der Landwirt mit den Nachbarn zusammen ein Nahwärmenetz für das Ortszentrum errichtet, das mit der Abwärme der Biogasanlage betrieben wird. Aufgrund der Eigenleistung beim Bau des Versorgungsnetzes können die Nachbarn die Wärme zu sehr günstigen Preisen beziehen. Auch wenn die Anlage de iure meist im Eigentum eines einzelnen Landwirtes ist, wird sie aufgrund des vielfältigen Nutzens, den alle Mitglieder des Dorfes von ihr haben, meist als „unsere“ Anlage erlebt.

Bürgerbeteiligung – der Schlüssel zum Erfolg

In allen eben genannten good-practice-Beispielen liegt auf der Hand, dass Bürgerbeteiligung der Schlüssel zum Erfolg der Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ist – sei es über Beteiligungsmöglichkeiten als Investor, sei es als direkter oder indirekter Nutznießer einer Anlage. Deutlich geworden ist auch, dass die Akzeptanz von Anlagen zur Energiegewinnung deutlich sinkt, wenn in der Region der Eindruck entsteht, dass in ihr selber nur einige wenige dadurch Vorteile haben, während die Hauptnutznießer in

²⁷ Weitere Informationen: <http://www.colditz.de/energiespargemeinde/Energiespargemeinde.html> und <http://www.colditz.de/stiftung/Oekologisch-soziale-Stiftung.html>, [2.9.2014].

anderen Teilen des Landes zu suchen sind. Im fossilen Zeitalter wurde dieser Eindruck in aller Regel dadurch vermieden, dass das Kohle- oder Atomkraftwerk für die Region ein wichtiger und zuverlässiger Arbeitgeber war. Energiegewinnung aus Erneuerbaren geschieht aber kleinteiliger als im fossilen Zeitalter, die Energieproduktion wird in der Fläche des Landes wieder sichtbar. Da Sonne und Wind im Betrieb einer Anlage sehr personalextensive Rohstoffe sind, aus denen Strom mit minimalem Einsatz von menschlicher Arbeitskraft gewonnen werden kann, muss die Beteiligung der Region an den Erträgen diese erneuerbaren Energiegewinnung auf andere Weise als über direkte Beschäftigungsverhältnisse geschehen.

Bürgerenergiegenossenschaften, Bürgerbeteiligungsgesellschaften und ein bewusstes Augenmerk auf den Rückfluss von Erträgen in die Region sind wichtige Elemente, um die Akzeptanz der Energiewende unter der Bevölkerung zu erhalten bzw. zu erhöhen. Sie tragen gleichzeitig signifikant zur Demokratisierung der Energieversorgung bei.

Trassen – am Bürger vorbei geplant?

Marius Strecker führt in diesem Band vor Augen, wie eine umfassende Beteiligung von Stakeholdern in der Trassenplanung aussehen kann. In den Reaktionen besorgter Kirchengemeinden, die mich in den letzten Monaten erreicht haben, war von solch sorgfältiger Beteiligung der Betroffenen allerdings wenig zu spüren: „Alternativen wurden mit uns gar nicht diskutiert“, „Wieso soll diese Trasse nötig sein, da wird doch eh' nur Kohlestrom aus Brandenburg transportiert ...“ - das waren nur einige der Reaktionen. Anders als im Fall der Produktionsanlagen ist es im Fall der Trassen natürlich so gut wie nicht möglich, einen unmittelbaren Nutzen für die Region aus der neuen Trasse her zu leiten: Es liegt in der Natur der Trasse, dass sie Strom durch eine Region hindurch transportieren will ...

Fabian Karsch hat in seinem Beitrag bereits auf die notwendige Abwägung zwischen Partikularinteressen und Gemeinwohl verwiesen. Sollen Bürgerinnen und Bürger ihre Angst vor elektromagnetischer Strahlenbelastung und ihre Sorge vor einer „Verschandelung“ der Landschaft dem übergeordneten Interesse der sicheren Energieversorgung unterordnen, so ist dies nur möglich, wenn die Sinnhaftigkeit dieses übergeordneten Interesses (also die Notwendigkeit der jeweiligen Trasse) erkennbar ist und die Menschen in Planungsprozesse frühzeitig mit einbezogen werden, so dass sie mit ihren Sorgen und Nöten wahrgenommen werden. Kirchengemeinden können privilegierte Orte solcher Bürgerbeteiligung und des damit verbundenen Dialoges sein, da sie keine direkten Akteure der Trassenplanung sind.

Wer soll das bezahlen?

Im letzten Bundestagswahlkampf hatte insbesondere die F.D.P. ihr Herz für die kleinen Leute entdeckt und ihre Ablehnung der Energiewende damit begründet, dass durch sie einkommensschwache Haushalte über Gebühr belastet würden. Kirchliche Vertreterinnen und Vertreter sind seitdem nicht müde geworden zu betonen, dass sozialpolitische und energiepolitische Fragen nicht vermengt werden dürften. Einkommensschwache Haushalte leben oft in Wohnungen in einem schlechten energetischen Zustand und können sich oft einen Austausch alter Haushaltsgeräte gegen energieeffiziente Geräte nicht leisten. Im Rahmen ihrer Klimaschutzziele hat die Bundesregierung sich das Ziel gesetzt,

die Sanierungsrate des Gebäudebestandes zu verdoppeln, das Gesetz zu einer flankierenden beschleunigten Abschreibung energetischer Sanierungen ist jedoch immer noch nicht verabschiedet. Politik und Wohnungswirtschaft sind also gefordert, wenn es darum geht, die Gebäudeenergiekosten einkommensschwacher Haushalte zu senken. Regelsätze für Transferleistungen müssen darüber hinaus so gestaltet sein, dass energieeffizienzsteigernde Ersatzinvestitionen für einkommensschwache Haushalte möglich sind – solange dies nicht der Fall ist, versuchen Projekte von Kirche und Diakonie, diese Investitionen zu ermöglichen.

Schließlich aber greift das Argument, die Energiewende führe zu steigenden Energiepreisen, im mittelfristigen Zeithorizont betrachtet, zu kurz: Die Energiepreise werden zwar aufgrund der erforderlichen Anfangsinvestitionen in den nächsten Jahren stärker steigen als dies bei einem Festhalten am fossilen Pfad der Fall wäre. Mittelfristig betrachtet aber, so zeigen verschiedenen Studien²⁸, wird die Energiewende zu einem deutlich gemäßigteren Anstieg der Energiepreise führen, da vor allem bei Rohöl aufgrund der zu Ende gehenden Vorräte (bzw. der hohen Erschließungskosten unkonventioneller oder in großen Meerestiefen gelagerter Vorräte) mit einem kräftigen Preisanstieg zu rechnen sei.

Die Energiewende als Bürgerprojekt stellt daher die historisch vermutlich einmalige Chance dar, die Energieversorgung zu demokratisieren, Energie für alle bezahlbar und nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft offen zu halten.

²⁸ z.B. Nitsch, Joachim et.al. (2012): Langfristszenarien und Strategien für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland bei Berücksichtigung der Entwicklung in Europa und global, online unter: http://www.dlr.de/dlr/Portaldata/1/Resources/bilder/portal/portal_2012_1/leitstudie2011_bf.pdf [3.9.2014]; Umweltbundesamt (2011): Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien – klimafreundlich und ökonomisch sinnvoll, online unter: <http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/4067.pdf> [3.9.2014].